

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktionsdruck: Tagesblatt Riesa,  
Grunz Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1530  
Strolach Riesa Nr. 22.

Nr. 172.

Dienstag, 26. Juli 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkasten monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und inbedeutender Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Hierzulage Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. S. Felchgräber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Mit Rücksicht auf die anhaltende Trockenheit werden die Orts-Vollzugsbehörden und die Grundbesitzer auf die gewissenhafte Durchführung der Bekämpfung von 22. März 1921, das Verbot des Zigarrenrauchens und des Rauchens und offener Pfeifen in Waldungen, sowie die Bekämpfung von Waldbränden betr. hingewiesen.  
Großenhain, am 25. Juli 1921.  
6410 E. Die Amtshauptmannschaft.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Riesfaer Tageblattes werden bis spätestens früh 7/8 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riesfaer Tageblattes, Goethestr. 59.

### Reichsjustizminister Schiffer über die Lage des Kabinetts Wirth.

Auf einer feierlichen Veranstaltung der deutsch-demokratischen Partei am 23. Juli in Remscheid hielt Reichsjustizminister Dr. Schiffer eine bemerkenswerte Rede über die augenblickliche Lage, in der er über die Stellung des Kabinetts Wirth sich folgendermaßen äußerte: Der Reichskanzler hat vor einigen Tagen in einer Auseinandersetzung dargetan, daß der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in der Aufhebung der Sanktionen und in der oberösterreichischen Frage mit leeren Händen vor den Reichstag treten müßte. Diese Erklärung ist teilweise so aufgefaßt worden, als wenn er und die Mitglieder seines Kabinetts für ihre Person nicht geneigt seien, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte weiter zu tragen. Diese Auffassung wird den Verantwortlichen nicht gerecht. Die Mächte der Entente müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Aufhebung der Sanktionen und die Einstellung von Oberösterreich entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Wirth mehr bedeutet, als ein bloßer Personalwechsel. Wenn dieses Kabinett von der Macht der Ereignisse hinweggesetzt wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung durchzuführen kann. Wer soll dann kommen, ein Kabinett der Rechten? Es wird in Kürze befristet sein. Ein Kabinett der Linken? Es würde das gleiche Schicksal haben. Die Auflösung des Reichstages würde eine Erhaltung der Rechts- und Linksparteien sein und eine Zerbrechung der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos. Es wäre keine Mehrheit da, die die ruhige Entwicklung und den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau gewährleisten. Darum hängt von dem Schicksal des Kabinetts Wirth das Schicksal Deutschlands ab, nicht um der Männer willen, sondern um der Art des Zusammenhanges willen, und es hängt jetzt — darüber kann gar kein Zweifel sein — weiter das Schicksal Europas, das Schicksal der Welt davon ab. Diese scheinbar kleinen Dinge würden große, gewaltige, furchtbare, vernichtende Folgen entwickeln. Ich weiß wohl, daß den Ministern der Entente vielfach andere Auffassungen herrschen, daß man um viel größere Leistungen zutraut, als wir selbst ihr möglich halten. Wir haben keine Veranlassung, auf dieses für uns zweifelhafte Vertrauen stolz zu sein, denn es könnte vernichtend für uns sein. Unsere scheinbare wirtschaftliche Mitte beruht auf unserer fallenden Balance und der Zusammenbruch, der danach erfolgen kann, würde furchtbarer und plötzlicher eintreten, als der Zusammenbruch vor drei Jahren, der nicht bloß vielen von uns, sondern auch den Feinden ganz überraschend kam, die nicht glauben konnten, daß das siegreiche Deutschland so vollkommen zur Erde gesunken ist. Genau daselbe kann sich wieder ereignen. Ganz plötzlich kann das in drei Jahren mühsam aufgerichtete Gebäude zusammenbrechen und das Reich unter seinen Trümmern begraben und mit diesem Reiche wird das Wirtschaftslieben vernichtet sein. Furchtbar ernst ist diese Situation. So hängen von der Entscheidung über Oberösterreich das Schicksal Deutschlands und die Lebensbedingungen der ganzen Welt ab. Noch aber brauchen wir nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, daß Gerechtigkeit und Vernunft siegt über eine Politik, die darauf berechnet ist, Deutschland zu erledigen. Noch dürfen wir hoffen, daß der gute Wille den Sieg erringen wird, nicht unsererseits, sondern um der ganzen Welt willen.

### Ein neuer Vorschlag.

Ein englisch-italienischer Vorschlag ist aus Capua in Paris eingetroffen, der Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen Paris und London bilden wird. Der englische und italienische Kommissar haben beantragt, vor jeder Entscheidung des Obersten Rates Deutschland und Polen diejenigen Kreise Oberösterreichs zu übergeben, die nicht mehr kritisch gemacht werden können. Die beiden Kommissare sehen in diesem Vorschlag ein Mittel, die internationalen Kräfte in den kritischen Kreisen zu konzentrieren und dadurch die Entensung von Truppenverpflichtungen überflüssig zu machen.

Die der Londoner Korrespondent des Zeit Parisien erzählt, hat die englische Regierung den englischen Kommissar in Oberösterreich Sir Oswald Stuart angefordert, dringend nach London zu kommen, um mit der Regierung zu konferieren. Die englische Regierung will ihren Vertreter in Oberösterreich über die Meinungsverschiedenheiten befragen, die zwischen seinem persönlichen Telegramm und der Note der alliierten Kommissare an die Vorkonferenz bestehen. Der Korrespondent meldet weiter, daß vorgesehen eine neue Unterredung zwischen dem französischen Vorkonferenz und Lord Curzon stattgefunden hat. Nach gewissen Informationen würde England mit einer Besetzung der Sachverhältnisse einverstanden sein, wenn die französische Regierung den Zusammenritt des Obersten Rates für den 1. oder 5. August annehmen würde.

Der „Times“ schreibt in seinem heutigen Leitartikel: Die französische Regierung sei damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 1. August zusammenstehe, um die oberösterreichische Frage zu prüfen. — Der „Times“ erzählt, daß der wahre Grund der Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London darin liegt, daß England gedankt sei. England habe Deutschland, um es zur Annahme des Ultimatum zu veranlassen, eine unklare Lösung der oberösterreichischen Frage vorgeschlagen.

### Deutschland zur Verbesserung internationaler Truppen nach Oberschlesien.

Die Berliner Blätter mitteilen, daß die deutsche Regierung bei ihrer Ablehnung des französischen Ersuchens um Durchführung von Truppenkontingenten durch Deutschland auf den § 2 Art. 88 des Versailler Vertrages, der besagt: Die Zone der Volksabstimmung wird unverzüglich einem internationalen Ausschuss von vier Mitgliedern unterstellt, der durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das britische Reich und Italien ernannt wird. Sie wird von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die Beförderung dieser Truppen zu erleichtern. Weiter kommt als Rechtsgrundlage Art. 275 in Betracht, in dem es heißt: Deutschland hat den Beförderungswegungen einer im Namen der alliierten und assoziierten Mächte handelnden Behörde nachzukommen. — Weiter wurde in Berlin eine Kabinettskammer abgehalten, die sich mit dem Problem des Friedensschlusses mit Amerika sowie mit der oberösterreichischen Frage beschäftigte.

Das „Daily Chronicle“ schreibt im Leitartikel: Deutschland hat die französische Note beantwortet und erklärt, daß das Recht der Durchführung von Truppen nur zugehört werden könne, wenn ein allgemeines Ersuchen der Hauptmächte vorliegt, die mit der Ausführung der Oberschlesien betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages betraut sind. Diese Behauptung, so bedauerlich es ist, daß sie von Deutschland vorgebracht wird, erscheint aus juristischen Gründen korrekt. Weder Großbritannien noch Italien sind bereit, mehr Truppen nach Oberschlesien zu senden. Ebenfalls haben beide, wie wir glauben, den besonderen Wunsch, daß Frankreich es tue. Aber in dieser Beziehung sind ihre Ermüdungen nicht gründlich. Wir glauben, daß sie beiseite gestellt werden würden, wenn Frankreich sich bereit zeigt, vernünftige Zugeständnisse an die Ansichten seiner Alliierten zu machen und die Zusammenkunft des Obersten Rates zu beschleunigen. Wir sind nicht geneigt, zu glauben, daß tatsächlich, wie die Berichte besagen, ein französisch-polnisches Geheimabkommen abgeschlossen worden ist. Aber wir sind sicher, daß die Verwirrung, wenn der Oberste Rat nicht binnen Kurzem zusammentritt, immer größer und vielleicht der Entente einen lebensgefährlichen Schlag versetzen wird.

### Die Stärke der englischen Besatzung.

Oberst Stanley teilte im Namen des Kriegeministers im englischen Unterhaus mit, daß die Zahl der englischen Truppen in Oberschlesien augenblicklich 2400 Mann betrage. Die französische Truppenmacht ist größer, die italienische dagegen geringer.

### Insurgentenübergriffe in Oberschlesien.

Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, ist infolge des Zusammenstoßes zwischen deutschen Eisenbahnern und polnischen Insurgenten, die bei Dzierkowitz den D-Zug Breslau-Rathbor beschossen hatten, in den Rathborer Gruben der Generalstreik ausgerufen worden. In Dzierkowitz kam es gestern Nacht zu lebhaften Schießereien. In Wierawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten und die Gleise durch Bagonnen gesperrt. Erst nach 1 1/2 Stunden konnte der Zug weiterfahren, wurde jedoch 1 Kilometer von Dzierkowitz erneut angehalten. Die Strecke bis Rathbor-Dammer ist von Polen besetzt. Die deutsche Brückenwache bei Ostau wurde nachts von polnischer Ortswehr, die 80 Mann stark und gut ausgerüstet ist und Maschinengewehre besitzt, unter heftiger Feuer genommen. — Die Deutschen in Kauden haben telegraphisch den Kreisinspektoren von Rathbor dringend um sofortige Hilfe gegen die polnischen Gewalttätigkeiten angefragt. — Im Kreise Kauden sammeln sich große Scharen polnischer Insurgenten. Große Waffentransporte aus dem Kreise Kauden in die Grenzorte des Kreises Rathbor werden von allen Seiten gemeldet und beschlagnahmt. In Kauden werden drei Panzerzüge mit sechs 105-cm-Geschützen von den Franzosen für die Polen ausgerüstet. In allen diesen Vorkommnissen werden die Anzeichen für das unmittelbare bevorstehen eines vierien Polenaufstandes erblickt. — In Gletzig ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Franzosen und Italienern gekommen. Die Italiener gingen mit Waffen gegen die Franzosen und Polen vor; ein Pole wurde getötet und mehrere Franzosen durch Kolbenschläge schwer verletzt. In Herzog-Jamada (Kr. Rathbor) wurde ein mit Handgranaten ausgerüsteter Insurgent gefangen, der eingekerkert, den Befehl zu haben, die italienische Wache in die Luft zu sprengen. Weiter werden polnische Angriffe auf Ortschaften im nördlichen Oberschlesien gemeldet. So wurde Kopselitz (Kr. Rosenberg) von polnischen Insurgenten überfallen. Die Polen hielten eine Wache in Franzburg.

### Eine Ausdehnung der oberösterreichischen Bergwerke.

Auf Grund zahlreicher Terror- und Mordakte haben die am 22. Juli in Gletzig versammelten Vertreter der oberösterreichischen Bergwerke und Häften nachstehendes Telegramm an die internationalisierte Kommission abgefaßt: „Die am 22. Juli in Gletzig versammelten Vertreter österrösterreichischer Berg- und Hüttenwerke weisen darauf hin, daß trotz der Bekämpfung des Aufstandes noch immer mehrere tausend bewaffnete Arbeiter durch den auf den Werken und Bahnhöfen herrschenden Terror verhindert werden, ihrer Beschäftigung nachzugehen. Die Verwaltungen bitten dringend, die zur Bekämpfung des Terrors auf den Werken und Bahnhöfen erforderlichen Sicherungen anzunehmen.“

### Geleistete Zahlungen Deutschlands.

Auf die Anfrage, wieviel Deutschland bis jetzt gezahlt habe, und zwar für die ausländischen Missionen, die in Deutschland tätig sind, und für die Requisitionen für die belgischen und alliierten Truppen im Rheinland, antwortete der belgische Finanzminister Theunis, bis zum 1. Mai habe Deutschland für rund 4 Milliarden Rohmaterialien und Lebensmittel gekauft. Auf die freibleibenden 16 Milliarden habe Deutschland durch Sachlieferungen die Summe von 4831 773 000 Goldmark entrichtet. Seit dem 1. Mai habe Deutschland 1 Milliarde Goldmark gezahlt. Die Kosten für das Besatzungsheer pro Mann und Tag seien im ersten Quartal 1921 gewesen für das amerikanische Heer 4 Dollar 22, für das britische Heer 13 Schilling 4 Pence, für das französische Heer 15 Francs 19 Centimes, für das belgische Heer 16 Francs 9 Centimes. Das letztere bedeute seit Ende 1918 eine Erhöhung um ungefähr 2 Francs. Die Besatzungskosten bis zum 1. Mai wüßten von den Zahlungen abgezogen werden. Deutschland habe ferner in Papiergeld 470 Millionen Goldmark gezahlt, sowie weitere Sachleistungen für die Armeen geleistet. Die Kosten für die Missionen, die in Deutschland tätig seien, seien bis jetzt noch nicht bekannt. Diese müßten außerhalb der Reparationskosten gezahlt werden.

### England und die deutschen Sachlieferungen.

In der Frage der Verhandlungen, die zwischen der französischen und deutschen Regierung über die Sachlieferungen geführt werden, ist eine kleine Verzögerung eingetreten. Am 16. und 17. Juli hat die englische Regierung der französischen Regierung eine Note überreicht, in der sie Auskunft über die Verhandlungen mit Deutschland verlangt. Sie wünscht vor allen Dingen zu wissen, ob es richtig ist, daß die Zahlungen der Sachlieferungen für den Winter in Frankreich auf eine Zeitperiode von 13 Jahren verteilt werden soll. Nach ihrer Ansicht hätte ein derartiges Abkommen zur Folge, daß Frankreich in den ersten Jahren beträchtliche Zahlungen verlangt, als im Londoner Abkommen vorgesehen sind und als die deutsche Regierung angenommen habe. Diese Verhandlungen hätten das Unangenehme, daß sie zu Gunsten Frankreichs auf Umwegen eine Art Vorkaufleistung schaffen, sobald die englische Regierung es für geboten halte, die französische Regierung auf die eventuellen Unannehmlichkeiten hinzuweisen, die derartige Verhandlungen zwischen den einzelnen Verbündeten und Deutschland nach sich ziehen müßten.

### Baltischer Randstaatenbund.

Es wurde ein Präliminarvertrag unterzeichnet, der als Grundlage für ein Bündnis zwischen Litauen, Lettland und Estland in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht (letzteres als Defensivbündnis) zu gelten hat. Die Finanz- und Handelsminister der drei Länder arbeiten in Riga eine wirtschaftliche Konvention aus. In Litauen herrscht Befriedigung darüber, obwohl man zweifelt, daß dieser Vertrag für Litauen im Falle einer Offensive Polens gegen Litauen Bedeutung haben wird. Die offizielle „Litwa“ schreibt: „Der baltische Randstaatenbund kann nunmehr als tatsächlich bestehend betrachtet werden. Wichtig ist vor allem, daß Polen nicht zu dem Verbände gehört, das bedeutet aber nicht, daß der Beitritt zu diesem Verbände für Polen überhaupt ausgeschlossen ist. Polen kann sehr wohl dem Verbände beitreten, müßte dann aber vor allen Dingen den Nachweis liefern, daß es in wirtschaftlicher Beziehung auf der Höhe ist; der Kurs der polnischen Mark müßte sich gefestigt haben, ebenso die wirtschaftliche Lage im Innern des Landes, auch müßte Polen auf seine imperialistischen Pläne und Abenteuer verzichten. Sollte das alles zutreffen, könnte Polen dem Verbände beitreten, natürlich unter der Voraussetzung, daß nicht ihm die Hege- monie zufallen wird.“

### Der griechisch-türkische Krieg.

Nach einer Gasmeldung aus Ismid sehen die Türken ihren heftigen Angriff auf Biletschit, Yeni Schehir und Inshisar fort. Die türkischen Truppen sollen Rum-Karabissar und Tulu Bunar bereits besetzt haben. Nach einer weiteren Meldung aus Konstantinopel berichtet der Korrespondent des türkischen Blattes „Wakit“ auch die Einnahme von Utsch durch die Türken. Ferner soll dem amtlichen Bericht von Angora zufolge, Geddie Dambide von den Türken genommen sein, die auf Inegöl vormarschieren.

Ueber den Verlauf des griechisch-türkischen Krieges laufen verschiedene Versionen um. Die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat eine Meldung aus Athen, derzufolge die türkische Armee dem griechischen Vormarsch keinen Widerstand mehr entgegensetzt. Griechische Kreise geben sich auf Grund der Anwesenheit König Konstantins in dem obersten Knotenpunkt Kutubia der Erwartung hin, daß der Feldzug bald beendet sein werde. Diese Hoffnung scheint verfehlt zu sein. Nicht etwa deshalb, weil die „Agencia Hays“ und das türkische Pressebüro aus Paris zu berichten wissen, daß eine neue heftige Schlacht stattgefunden habe die mit einem Erfolge der Türken endigte hätte. Mit der Glaubwürdigkeit der Kampfberichte ist es bei den Türken nie weit her gewesen. Aber wohl deshalb, weil den Türken